

I1-174 Integration in Sachsen – Herausforderungen meistern, Chancen nutzen, Teilhabe ermöglichen!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu I1

In Zeile 174 einfügen:

- Ermöglichung unabhängiger, staatlich finanzierte Asylverfahrensberatung bereits in der

Begründung

Asylrechtsberatung ist in Sachsen meistens nur ehrenamtlich organisiert und gar nicht bis schlecht finanziert. Dabei muss sie gesetzlich nach europäischer Verfahrensrichtlinie (RL 2013/32/EU) von staatlicher Stelle abgesichert sein. Nur durch ausreichende finanzielle Unterstützung ist eine gute rechtliche Beratung aller Asylantragsteller_innen möglich.

I1-178 Integration in Sachsen – Herausforderungen meistern, Chancen nutzen, Teilhabe ermöglichen!

Antragsteller*in: Achim Wesjohann

Änderungsantrag zu I1

In Zeile 178 einfügen:

- Beratungsstruktur für traumatisierte Geflüchtete (Traumaambulanzen)

Begründung

redaktionell

V1-055 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Katharina Weyandt

Begründung

Mit der Diskussion um die Straftäter lenken de Maizière und alle Gesinnungsgenossen davon ab, dass Menschen abgeschoben wurden und werden, die auf einem mustergültigen Weg der Integration sind. Straftäter werden in der öffentlichen Diskussion ins Zentrum gestellt, zum Schaden aller. Dem sollten wir nicht folgen. Deshalb beantrage ich die Streichung der Zeilen 55-70.

V1-009 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 9 einfügen:

mit afghanischer Staatsbürgerschaft abgeschoben. Ende Februar erfolgte die aktuellste Abschiebung von 18 Menschen.

Begründung

Hiermit wird die aktuelle Abschiebung nach Afghanistan in den Antragstext aufgenommen.

V1-016 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 16 einfügen:

sind deshalb grundsätzlich ausreisepflichtig." Mit Blick auf die bereinigten Schutzquoten zeigt sich das diese Aussage nicht zutrifft.

Begründung

Hinweis auf die Schutzquote um die Aussage des Innenministeriums zu entkräften

V1-029 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 29 einfügen:

afghanischer Regionen als "sicher" aus. Der Bericht der UNHCR sowie die Aussagen der Deutschen Botschaft werden von der Bundesregierung jedoch bewusst ignoriert.

V1-047 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 48 löschen:

Bezug auf die Sicherheit einiger Landesteile in Afghanistan. ~~Schleswig-Holstein,-~~

In Zeile 51 einfügen:

zurückgestellt. Schleswig-Holstein hat sogar einen dreimonatigen Abschiebestopp für Afghanistan veranlasst

Begründung

Ergänzung um den aktuellen Abschiebestopp, den Schleswig-Holstein veranlasst hat.

V1-059 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 59 löschen:

Straftäter*innen handele. Menschen, die ~~rechtskräftig~~-wegen eines schweren

Begründung

Redaktionell - doppeltes Wort streichen

V1-081 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 81:

~~In der Asylverfahrensberatung~~ Bei Ämtern und Behörden

Begründung

Asylverfahrensberatung wird kaum von öffentlicher Stelle durchgeführt. Stattdessen wird Geflüchteten auf Ämtern und in Behörden öfter suggeriert, das ihr Verfahren keine Chance hätte.

V1-088 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 88:

Staatsangehörigen bei 78% , im ~~ersten Halbjahr~~ August 2016 bei ~~52,9%~~ 48,6%. Dabei ist auch der enorm gestiegene politische Druck auf das Bundesamt für Migration und Flucht zu beachten.

Begründung

Ergänzung um die aktuellen Zahlen.

V1-089 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 89 einfügen:

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine unabhängige und staatlich finanzierte

Begründung

Asylverfahrensberatung wird meist ehrenamtlich erbracht und schlecht oder gar nicht bezahlt. Dabei ist eine professionelle Beratung dringend geboten, um alle Fälle abdecken zu können.

V1-092 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 92 bis 94 löschen:

gegeben. ~~Die Beratung über die freiwillige Ausreise muss so erfolgen, dass die betreffende Person in Kenntnis ihrer Rechte, nach einer Abwägung aller Vor- und Nachteile, eine fundierte Entscheidung treffen kann.~~

V1-098 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: Matthias Jobke

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 98 einfügen:

umgehend beendet werden. Die Beratung über die freiwillige Ausreise muss so erfolgen, dass die betreffende Person in Kenntnis ihrer Rechte, nach einer Abwägung aller Vor - und Nachteile, eine fundierte Entscheidung treffen kann. Dies muss auch eine Beratung über alternative Einreisemöglichkeiten durch z.B. Arbeitsvisa beinhalten.

V2-001 Den gesellschaftlichen Rollback verhindern – Jetzt kommt es darauf an! Geschlechter- und
Queerpolitik im Bundestagswahlkampf

Antragsteller*in: LAG Geschlechterpolitik

Titel

Ändern in:

Den gesellschaftlichen Rückschritt verhindern – Jetzt kommt es darauf an! Geschlechter- und Queerpolitik
im Bundestagswahlkampf

V2-038 Den gesellschaftlichen Rollback verhindern – Jetzt kommt es darauf an! Geschlechter- und Queerpolitik im Bundestagswahlkampf

Antragsteller*in: Martin Schmidt

Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 38 bis 42 löschen:

~~Der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wird daher allen Wahlkämpfer*innen das notwendige Wissen über die Problemlagen der Geschlechter- und Queerpolitik vermitteln und sich dazu um entsprechende regionale Argumentationshilfen und ggf. Wahlkampf-Schulungen bemühen oder diese alternativ selbst erstellen.~~

Begründung

Die gute und richtige Analyse im ersten Teil des Antrags ist lesenswert und unstrittig. Ob sich allerdings die Geschlechter- und Queerpolitik zu einem Schwerpunkt im Wahlkampf in Sachsen entwickeln wird, ist unklar. Die Erfahrungen der Bundestagswahlkämpfe 2005-2013 lassen diesen Schluss zumindest nicht zu. Wir sollten nicht den Fehler begehen, über V-Anträge einseitig Themen festzulegen. Gerade die verschiedenen (regionalen) Schwerpunkte und das differenzierte Agieren war ein positiver Punkt in den Kommunalwahlkämpfen 2014. Die Streichung des letzten Abschnittes ist daher sinnvoll und notwendig. So bleibt es den Kreisverbänden überlassen zu entscheiden, wo sie vor Ort ihre Schwerpunkte setzen wollen. Dies schließt ausdrücklich die Geschlechter- und Queerpolitik ein.

V2-043 Den gesellschaftlichen Rollback verhindern – Jetzt kommt es darauf an! Geschlechter- und Queerpolitik im Bundestagswahlkampf

Antragsteller*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 43 bis 47 löschen:

~~Für einen vielfältigen und bunten Wahlkampf mit den entsprechenden Materialien wird der Landesverband darüber hinaus die Kreisverbände bei der Anschaffung von Give-aways und Informationsmaterialien zu den Themen der „Geschlechterpolitik“ und der „Queerpolitik“ bezuschussen oder die Erstellung eigenen Materials unterstützen.~~

Begründung

Die gute und richtige Analyse im ersten Teil des Antrags ist lesenswert und unstrittig. Ob sich allerdings die Geschlechter- und Queerpolitik zu einem Schwerpunkt im Wahlkampf in Sachsen entwickeln wird, ist unklar. Die Erfahrungen der Bundestagswahlkämpfe 2005-2013 lassen diesen Schluss zumindest nicht zu. Wir sollten nicht den Fehler begehen, über V-Anträge einseitig Themen festzulegen. Gerade die unterschiedlichen (regionalen) Schwerpunkte und das entsprechende Agieren waren positive Punkte in den Kommunalwahlkämpfen 2014. Die Streichung des letzten Abschnittes ist daher sinnvoll und notwendig. So bleibt es den Kreisverbänden überlassen zu entscheiden, wo sie vor Ort ihre Schwerpunkte setzen wollen. Dies schließt ausdrücklich die Geschlechter- und Queerpolitik ein.

V3-008 Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller*in: Julia Günther, Juliane Hundert, Klemens Schneider (KV Dresden)

Änderungsantrag zu V3

In Zeile 8 einfügen:

letztlich auch auf die Mieten auswirken. Dresdens und Leipzigs Mietmärkte waren bereits zum 31.12.2015 mit 1% und 3,7% Wohnungsleerstand quasi leergefegt. Den Preissteigerungen auf dem Mietmarkt sind bei solchen Quoten Tür und Tor geöffnet.

Begründung

Die Zahlen sollen an dieser Stelle verdeutlichen, dass der Mietmarkt schon jetzt sehr angespannt ist.

V3-020 Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

Änderungsantrag zu V3

Von Zeile 21 bis 23:

anhaltender Entwicklung werden ~~bis 2030 in Leipzig bis zu 80.000 Wohnungen und in Chemnitz bis zu 10.000 Wohnungen zusätzlich benötigt. Ein vergleichbarer Bedarf wird für Dresden prognostiziert.~~2030 in Leipzig bis zu 80.000 Wohnungen benötigt. Auch in Chemnitz und Dresden wird mit einem zusätzlichen Bedarf gerechnet.

Begründung

In Chemnitz stehen derzeit über 20.000 Wohnungen leer. Neben dem Neubau ist die Sanierung vorhandener Wohneinheiten ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Daher sollte nur der Bedarf benannt werden. Über notwendige Zahl gibt es unterschiedliche Auffassungen, weshalb diese noch im Diskussionsprozess ist. Eine Festlegung auf bis zu 10.000 Wohnungen schafft nur unnötig Druck.

V3-022 Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller*in: Julia Günther, Juliane Hundert, Klemens Schneider (KV Dresden)

Änderungsantrag zu V3

Von Zeile 22 bis 23:

in Chemnitz bis zu 10.000 Wohnungen zusätzlich benötigt. ~~Ein vergleichbarer Bedarf wird für~~ Für Dresden wird bis 2030 ein Bedarf von 20.800 neu zu bauenden Wohnungen prognostiziert. Ein ausreichendes Angebot bezahlbarer

Begründung

Laut einem Bericht der DNN vom 28.11.2016, der sich auf eine Bevölkerungs- und Haushaltsprognose von empirica stützt, wird unter Berücksichtigung aktivierbarer Leerstände ein erforderlicher Neubaubedarf von 20.800 Wohnungen gesehen.

V3-038 Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller*in: Sebastian Walter

Änderungsantrag zu V3

In Zeile 38 einfügen:

zu stabilisieren, vorrangig Innenstädte und innenstadtnahe Stadtquartiere entlang von Stadtteil- und Nahversorgungszentren

Begründung

In den deutschen Großstädten haben ab etwa 1950 die Handels-, Verkehrs- und Verwaltungsnutzungen die Wohnfunktion in den Innenstädten in der Regel verdrängt und diese zu Hauptgeschäftszentren weiterentwickelt. Insofern ist die Hinzuziehung innenstadtnaher Stadtteile für einen Antrag zum Thema Wohnen zwingend.

V3-177 Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller*in: Niels Sigmund (Erzgebirge KV)

Änderungsantrag zu V3

Von Zeile 177 bis 179:

Erschließungsmaßnahmen haben. ~~Bei der Neuerschließung haben für uns Wohnungsbauflächen Priorität, die gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind.~~ Bauliche Verdichtung muss dabei ausreichend Grünzüge bzw. innerstädtische Biotopverbünde erhalten und stets mit einem grünen Mehrwert sowie einer Verbesserung der Freiräume in den Quartieren einhergehen (z.B. Dach-/Fassadenbegrünung, Aufwertung des verbleibenden Stadtgrüns, versiegelte Flächen durchlässiger gestalten,...). Bei der Neuerschließung haben für uns Wohnungsbauflächen Priorität, die gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind.

Begründung

Zum ökologischen Wohnen in der Stadt gehört im Zuge der Nachverdichtung, die Absicherung wichtiger stadtökologischer Funktionen. Neben der allgemeinen Wohn-Attraktivität sind damit auch wichtige Effekte auf Arten- und Klimaschutz in der Stadt verbunden.

V3-183 Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller*in: Sebastian Walter

Redaktionelle Änderung

Korrekte Summenformel für Kohlendioxid

Änderungsantrag zu V3

Von Zeile 183 bis 184:

technologieoffene vergleichbare Standards (CO²-2-neutrales Bauen), Photovoltaik- und Solarthermieanlagen sowie andere Anlagen zentraler oder dezentraler ~~CO²~~-CO₂-

V3-186 Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller*in: Sebastian Walter

Änderungsantrag zu V3

In Zeile 186:

Dachbenutzung für Urban ~~Farming~~Gardening

Begründung

Während Urban Gardening zur Selbstversorgung betrieben wird, hat Urban Farming das Ziel, auf kommerzieller Basis landwirtschaftliche Erzeugnisse zu liefern. Inwiefern hierzu ein wohnungspolitisches Förderinstrument hilfreich ist, ist unklar.

V3-197 Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller*in: Sebastian Walter

Änderungsantrag zu V3

Von Zeile 197 bis 198 einfügen:

bauen, zu reduzieren und den Realitäten anzupassen. Dass Mieterinnen oder Käufer einer Wohnung gezwungen werden, einen Kfz-Stellplatz zu finanzieren, selbst wenn sie gar kein Auto haben, ist Politik von Vorgestern. Denn gerade im gut erschlossenen innerstädtischen Bereich braucht es heute keine privaten Wagen mehr,

Begründung

Notwendige, politisch einordnende Ergänzung zur Stellplatzvorschrift in der Sächsischen Bauordnung

V4-EIL-012 Bombardier-Arbeitsplätze in Bautzen und Görlitz erhalten – industrielle Basis der Oberlausitz mit engagierter Politik für die Schiene sichern

Antragsteller*in: Jürgen Kasek

Änderungsantrag zu V4-EIL

In Zeile 12 löschen:

Wenn **heute**-am 4. März die sächsischen Beschäftigten von Bombardier in Görlitz

Begründung

mdl